

PRESSEMELDUNG

Cannabis entzaubern – Prävention verstärken

Stuttgart, den 11.07.2023

In Baden-Württemberg werden von den Suchtberatungsstellen jährlich rund 8.000 Menschen mit Cannabisabhängigkeit beraten oder behandelt. Das sind jedoch nur ca. 20 Prozent, die tatsächlich ein Problem haben mit dem Cannabiskonsum. Statistisch sind rund 40.000 Menschen in Baden-Württemberg von Cannabis abhängig – Tendenz steigend. Nicht ohne Sorge wird daher die angekündigte Gesetzesänderung zum legal regulierten Erwerb von Cannabis betrachtet. Der politische Wille, Cannabiskonsum zu entkriminalisieren, wird ausdrücklich begrüßt. Doch es ist dringend geboten, eine wirksame, flächendeckende Suchtprävention zu etablieren.

Die Bundesregierung beabsichtigt noch in diesem Jahr eine „Cannabis-Revision“ umzusetzen. Geplant ist, dass Erwachsene in Deutschland legal Cannabis zu Genusszwecken erwerben können. „Es ist gut und richtig, dass Menschen, die Cannabis konsumieren, dafür nicht bestraft werden. Diese Regelung kennt nur Verlierer“, sagt Dorothea Aschke, stellvertretende Vorsitzende der Landesstelle für Suchtfragen. „Das Experiment der Regulierung geht aber nur dann gut aus, wenn gleichzeitig alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen rechtzeitig mit Aufklärung und Prävention erreicht werden. Davon sind wir in „The Länd“ leider noch weit entfernt.“ Mit einer Empfehlung zur Cannabisprävention hat sich die Landesstelle schon frühzeitig zu Wort gemeldet. „Es gibt erprobte und wirkungsvolle Programme. Diese müssen jetzt verbindlich zum Einsatz kommen – in Schulen, bei Elternabenden oder in Jugendhäusern“, fordert Aschke und ergänzt: „Besonders Eltern sollten wir darin unterstützen, wie sie Ihre Kinder am besten schützen können.“

Um die Suchtprävention in Schulen, Familien und anderen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen hochzufahren und dauerhaft sicher zu stellen, fehlen nach Ansicht der Landesstelle qualifizierte Fachkräfte und die entsprechenden Finanzmittel. Aber ausgerechnet die Suchtpräventionsmittel sollen nach jetzigem Stand im Bundeshaushalt stark gekürzt werden. Das wertet die Landesstelle als gesundheitspolitischen Offenbarungseid und gegen jeden Sachverstand.

In Baden-Württemberg hat sich aktuell ein verbandsübergreifendes Aktionsbündnis „Suchtberatung retten“ gegründet, da Suchtberatungsstellen aufgrund unzureichender Finanzierung fürchten ihre Angebote einschränken zu müssen. Die Landesstelle fordert von Bundes- und Landespolitik klare Aussagen dazu, wie der Ausbau der Prävention finanziert und ausgestattet werden soll. Aus dem aktuellen Bestand wird eine Umsetzung nicht möglich sein. Die zahlreichen guten Ansätze in der geplanten regulierten Abgabe von Genusscannabis an Erwachsene sollten nicht daran scheitern, dass notwendige Ressourcen zur Umsetzung dafür notwendiger Prävention nicht zur Verfügung stehen.

Kontakt:

Christa Niemeier, Referentin für Suchtfragen und Prävention, Landesstelle für Suchtfragen der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V., Stauffenbergstraße 3, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/61967-32, Mail: niemeier@iss-bw.de

Für die Redaktion:

Stellungnahme zum 2-Säulen-Modell: <https://lss-bw.de/kontrollierte-abgabe-vongenusscannabis-an-erwachsene/>

Empfehlung zur Cannabisprävention: <https://lss-bw.de/cannabispraevention-empfehlungen-der-landesstelle-fuer-suchtfragen/>

Positionierung der Landesstelle zum Umgang mit Cannabis: <https://lss-bw.de/umgang-mit-cannabis-eine-position-der-landesstelle-fuer-suchtfragen-baden-wuerttemberg/>

Aktionsbündnis Suchtberatung retten: <https://suchtberatung-retten.de/>